



Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

Er scheint wöchentlich ein Mal
Freitags,
Anzeigen, die viergespaltene
Beitragsteile 20 Pf.
Im Abonnement nach Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion
Freitag Mittag.

Abonnement vierteljährlich
1 Mark bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Postzeitungsliste S. 98 „Eiche“, Dr.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221, 223.

des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Dunker).

Nr. 32.

Berlin, den 11. August 1905.

XVI. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an G. Sagner, Greifswalderstr. 221/223
Fernsprech-Amt VII, 4720. Geldsendungen an W. Bietke, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren. Fernsprech-Amt VII, 4720.

Arbeitsdifferenzen bestehen in folgenden Orten:

- Breslau.** Streit und Aussperrung.
- Bromberg.** Differenzen in allen Betrieben.
- Danzig.** Streit und Aussperrung bei der Firma Körner-Langfuhr.
- Düsseldorf.** Aussperrung in allen Betrieben.
- Finstertal.** Streit und Aussperrung bei der Finstertal- Tischfabrik, Firma Winkler.
- Gelsenkirchen u. Umgegend.** Streit und Differenzen bei Stellmachern und Tischlern.
- Pr.-Stargard.** Sperre über die Firma B. Münchau.

Reise- oder Wandergeld nach vorgenannten Orten darf von unseren Kassirern nicht gezahlt werden. Sobald nicht allwöchentlich der Redaktion ein Bericht über den Stand der Differenzen zugeht, werden diese nicht mehr veröffentlicht.

Brennende Fragen.

Bei der eingehenden Besprechung der inneren Verhältnisse unseres Gewerkevereins, zu welcher der Antrag der rheinisch-westfälischen Ortsvereine Veranlassung gegeben, sind wohl sämmtliche, die Agitation, das Unterstützungswesen, die Höhe der Beiträge, ja, man kann sagen alle die zeitliche sowie fernere Gestaltung unserer Gewerkevereins-Einrichtungen betreffenden Fragen erörtert worden. Daß bei der Besprechung nicht immer mit der nöthigen Sachlichkeit vorgegangen wurde, ja, daß einzelne Kollegen sogar recht persönlich wurden und dadurch für ihre eigene Meinung Stimmung zu machen suchten, daß dieselben die Vertreter entgegenstehender Ansichten verdächtigten und denselben unlautere Motive unterschoben, ist ja bedauerlich, aber doch begreiflich. Bedauerlich insofern, als gerade die dem Gewerkeverein feindlichen Elemente ihre helle Freude an die inneren Zwistigkeiten unserer Organisation haben. Es ist ja mehrfach verlangt worden, die Leitung der „Eiche“ solle Artikeln mit einem derartigen Inhalt die Aufnahme versagen, dem steht aber der Beschluß der Düsseldorfer Generalversammlung entgegen; auch sind wir der Meinung, durch das Niedrigerhängen solcher Geistesprodukte kann sich das Gros unserer Mitglieder eher eine eigene Meinung über die Verfasser derselben bilden, als wenn nach Zurückweisung derartiger Artikel der Einsender in seiner gekränkten Stimmung sagen kann: „Ja seht Kollegen, ich wollte Euch einmal die Wahrheit sagen, wollte Euch die besten Ansichten bekannt geben, aber die Leitung der „Eiche“ verhindert dies und unterdrückt die Wahrheit und das Recht.“ Nun kommt noch dazu, daß sich der größte Theil der Angriffe gegen den Generalrat, speziell das Bureau richtet. Schon oben sagten wir, daß wir die Angriffe

und Verdächtigungen begreiflich finden. Es ist nämlich leider eine nicht wegzuleugnende Thatsache, daß einzelne Kollegen der Meinung sind, sie könnten ihr Ansehen dadurch heben, daß sie es verstehen und befähigt sind, das Mögliche in Kritik und Herabsetzung der zur Zeit thätigen Beamten zu leisten. Obwohl gerade seit unserer letzten Generalversammlung jedem einzelnen Kollegen, der sich in der Agitation betheiligen will, ausreichend Gelegenheit geboten ist, im engeren Kreise für das Wachsthum und die Stärkung der Organisation wirken zu können, wir nennen hier nur den Ausbau des Vertrauensmännersystems, die Förderung der Bildung von Branchensektionen u. s. w., lenken diese Kollegen durch die zum Theil ganz unmotivierten Angriffe die Aufmerksamkeit der Mitglieder von der eigenen Pflicht der Organisation gegenüber ab und stärken bei denselben den Glauben, an alle Widerwärtigkeiten und Mißerfolge trage nur die Gewerkevereinsleitung die Schuld. Die Kollegen nennen ihre Mißthaten „gesunde Opposition“ und sind jetzt bemüht, da die Einzelangriffe für sie ohne Erfolg blieben, die Unzufriedenheit gewissermaßen in ein System zu bringen. Daß ein solches Beginnen nur zum Schaden des Gewerkevereins ausschlagen kann, mögen die Kollegen vielleicht nicht begreifen, an den schon vorliegenden Thatsachen müßten dieselben aber gewahr werden, daß jede Eigenbrödelei weder dem, der dieselbe treibt, noch der Gesamtheit Vortheile bringt.

Wir haben nun durchaus nicht die Absicht, heut allen schon erhobenen Vorwürfen und Angriffen entgegen zu treten oder den Versuch zu machen, dieselben zu widerlegen, denn dadurch würde die Auseinandersetzung wieder von vorn beginnen, es würde neuer Streit entstehen, ohne daß dadurch etwas Gespriechliches für den Gewerkeverein erreicht würde. Wir sind der Meinung, jeder Einzelne, der sich an der Aussprache betheiligt hat, wird es mit seinem eigenen Gewissen abzumachen haben, ob er im Sinne und Geist der Gewerkevereinsprinzipien stets selbst seine Schuldigkeit gegenüber der Organisation gethan hat, ehe er anderen Kollegen Vorwürfe der Unfähigkeit, Rückständigkeit und wie die Vorwürfe alle heißen, macht. Für heute wollen wir nur noch einmal kurz die Fragen besprechen, welche für den Gewerkeverein die brennendsten sind: die Höhe der Beiträge, unsere Agitation und das Verhalten unserer Mitglieder bei Streiks und Aussperrungen.

Es ist selbstverständlich, daß infolge der Entwicklung der Arbeitskämpfe auch für den Gewerkeverein die Frage der Beschaffung von Geldmitteln zur Deckung der gestellten Anforderungen eine andere geworden ist, als dies früher der Fall war. Vielfach wird der Vorwurf erhoben, die Gewerkevereiner sind nicht zur Beitragszahlung erzogen worden. Es mag dies zutreffen, aber auch dieser Vorwurf wird schon so lange erhoben, daß in der Zwischenzeit sehr wohl Früchte der neuen Erziehung gezeitigt werden konnten. Wir erinnern uns noch sehr gut einer Generalversammlung aus jener Zeit, als der Gewerkeverein einen Wochenbeitrag von 10 Pf. erhob und über ein Vermögen von ca. 90 000 Mk. verfügte. Die Mitgliederzahl betrug

ungefähr 4 1/2 Tausend. Die Kollegen, welche damals im Bureau saßen, verteidigten die bestehenden Einrichtungen und wollten von Änderungen, welche die Klasse belasteten, wenig wissen. Die Herren Abgeordneten aber waren anderer Meinung. Wir hören noch heut, wie einer der Kollegen, dem man, da er eins der wichtigsten Ämter im Gewerkverein bekleidete, nicht geringes Vertrauen entgegenbrachte, im Brustum vollster Ueberzeugung auseinanderlegte, daß ein solch großes Vermögen durchaus nicht nötig sei, man müsse unbedingt die Benefizien erhöhen und wenn bis zur nächsten Generalversammlung dabei 30 000 Mark zugelegt würden. Die Generalversammlung folgte gern diesen Vorkundungen und das Resultat war, daß bis zum festgesetzten Termin das Vermögen um über 50 000 M. heruntergedrückt war.

Die Beiträge sind ja inzwischen wohl erhöht worden, neben den Erweiterungen der Benefizien hat sich aber die gesammte wirtschaftliche Lage, die Stellung der Organisationen derart geändert, haben die Arbeitskämpfe einen solchen Umfang angenommen, daß es unmöglich ist, dieselben mit den früheren Verhältnissen zu vergleichen. Der Gewerkverein kann und darf aber auch unter den jetzigen Verhältnissen sein bisheriges Prinzip, mit aller Kraft einzutreten für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, der Lohn- und Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder, nicht verlassen. Unsere Kollegen werden sehen, daß gerade der Durchführung der dem gewerblichen Frieden dienenden Taribewegung seitens der Arbeitgeberschaft in vielen Fällen der heftigste Widerstand entgegengesetzt wird. Von den schweren Kämpfen, welche im Laufe des letzten Jahres und auch zur Zeit im Holzgewerbe durchgeföhrt werden, ist auch ein großer Theil unserer Mitglieder betroffen worden, und bedeutende, in keinem natürlichen Verhältnis zu den Beiträgen stehende Summen mußten für die Unterstützung der im Ausstand befindlichen Kollegen gezahlt werden. Der Generalrath hat bekanntlich versucht, durch Ausschreiben von Extrabeiträgen Einnahme und Ausgabe bei der Hauptkasse in Einklang zu bringen, um einen weiteren Rückgang des Vermögens zu verhindern. Aber auch diese Maßnahme ist von einem Theil unserer vorführenden Kollegen in heftigster Weise bekämpft und die Mitglieder sind dagegen scharf gemacht worden. Wir hätten es für richtiger gehalten, auch diese Kollegen wären für die Extrabeiträge eingetreten, denn unter den gegebenen Verhältnissen gab und giebt es für den Generalrath keinen anderen Weg, die nötigen Mittel herbeizuschaffen. Außerordentliche Inanspruchnahme der Hauptkasse erfordert auch außerordentliche Maßnahmen, derselben die notwendigen Mittel zuzuföhren.

Es ist auch in einzelnen Ortsvereinen gegen die Höhe der Beiträge opponirt worden. Aber sehen wir uns doch einmal die Beiträge anderer Organisationen an. Zahlen die Mitglieder des deutschen und auch des christlichen Holzarbeiterverbandes nicht schon seit Jahren, ganz abgesehen von den Sozialzuschlägen, bedeutend höhere, ja das Doppelte der von unseren Mitgliedern gezahlten Beiträge? Wollen denn unsere Kollegen, welche behaupten, sie können ein solches Opfer für die Organisation nicht bringen, glauben machen, sie sind wirtschaftlich schlechter gestellt, als die Mitglieder anderer Organisationen? Gewiß, als sich die beruflichen Streitigkeiten bei gegenseitiger Aussprache in friedlicher Weise erledigten, Arbeitsverhältnissen selten waren und diese nach kurzer Dauer mit einem Erfolg für den Arbeiter endeten, da reichten auch die niedrigen Beiträge des Gewerkvereins aus, allen Anforderungen zu genügen, ja der Gewerkverein konnte schon lange, ehe andere Organisationen nur daran dachten, Jahr für Jahr Tausende von Mark an Arbeitslosigkeitunterstützung auszahlen, ohne das Vermögen anzugreifen. Wie aber liegen die Verhältnisse jetzt? — Auch die Arbeitgeber haben sich zu großen Vereinen und mächtigen Schutzverbänden zusammengeschlossen und lassen sich jedes Zugeständniß erst nach langem und harten Kampf abzwängen. Wir glauben garnicht nötig zu haben, darauf hinzuweisen, denn viele unserer Kollegen haben es ja am eigenen Leibe gespürt, daß Seitens der Arbeitgeberorganisationen auch die berechtigtesten Forderungen, welche in einem Betrieb erhoben wurden, mit der Aussperrung sämmtlicher Arbeiter des Ortes, ja sogar ganzer Provinzen beantwortet wurden. Auch die Klagen einzelner Vereine, daß Streiks und Differenzen und dadurch bedingte Inanspruchnahme der Hauptkasse nur besondere Bezirke Deutschlands betrifft, ist hinfällig, denn seit dem 1. Juli vorigen Jahres, dem Tage, an welchem auch die neuen Bestimmungen des Statuts in Kraft traten, waren an Ausständen Mitglieder aus fast 40 unserer Ortsvereine beteiligt und weder Norden noch Süden, weder Osten noch Westen Deutschlands ist davon verschont geblieben. Es ist ja vorauszu sehen und schon durch den ungeheuren Schaden, welcher durch die großen Kämpfe dem gesammten Wirtschaftsleben erwächst, bedingt, daß auch wieder eine ruhigere Entwicklung in der Arbeiterbewegung Platz greifen wird. Bis dahin ist es aber Pflicht des Gewerkvereins, Mittel und Wege ausfindig zu machen, allen durch die veränderten Verhältnisse bedingten Ansprüchen gerecht werden zu können.

Die bisher vom Generalrath zu diesem Zweck ergriffenen Maßnahmen haben aber auch von einer Seite und unter einem ganz besonderen Einwand Widerspruch gefunden, von welcher wir dies am wenigsten erwartet hätten und auf den wir unsere Mitglieder doch aufmerksam machen müssen. Gerade von einzelnen Kollegen, welche die Ehre hatten, der im vorigen Jahre in Düsseldorf stattgehabten Generalversammlung als Abgeordnete anzugehören, wird das Verlangen gestellt, zur Beschlußfassung über Änderung der Beiträge, sowie Regelung der Agitation eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Wir wollen vorläufig unsere Ansichten über

die Regelung der Agitation zurückstellen und nur erörtern, ob die Frage der Beitragserhöhung das Verlangen nach einer außerordentlichen Generalversammlung notwendig macht. Die Begründung dieses Verlangens hält sich ja nun nicht immer in sachlichen Grenzen, sondern es werden in recht persönlicher Weise die zeitigen, von jener Generalversammlung gewählten Beamten angegriffen und auch die übrigen Kollegen des Generalraths gehen dabei nicht leer aus. — Sachlich ist die Begründung sehr dürftig und ist namentlich der Einwand, die Abgeordneten seien 1904 schon in der Vorversammlung durch das Bureau beeinflusst worden, würden aber jetzt, wenn sie, da die ordentliche Generalversammlung nur verlagert sei, zur außerordentlichen Generalversammlung zusammen kommen, entschieden besser arbeiten, sehr wenig stichhaltig. Wir glauben, auf diese Art wird das Vertrauen, welches die Wähler s. Bt. in die Herren Abgeordneten gesetzt haben, recht sehr erschüttert. Sind die Abgeordneten der Meinung, sie haben sich beeinflussen lassen, wovon wir thatsächlich nichts bemerkt haben, und drängen die Abgeordneten schon kurze Zeit, nachdem dieselben die Beschlüsse gefaßt haben, selbst darauf, Gelegenheit zu bekommen, diese wieder umzustößen, so erkennen dieselben doch dadurch an, daß ihre erste Arbeit nichts gelangt hat. Gewiß, es können Verhältnisse eintreten, welche die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung notwendig machen, dahin gehört aber nicht die Beschlußfassung über die Beschaffung von Geldmitteln für Zwecke, die doch durch Statut und Generalversammlungsbeschlüß festgelegt sind. Das haben die Mitglieder auch eingesehen, denn trotzdem dagegen eine plannäßig betriebene Opposition entfaltet wurde, ist durch allgemeine Mitgliederabstimmung dem Generalrath Vollmacht gegeben, nöthigenfalls Extrabeiträge zu erheben. Wenn die schon eingezogenen Extrabeiträge in mehreren Vereinen Widerspruch gefunden haben, in einzelnen Fällen sogar den Austritt von Mitgliedern zur Folge hatten, so liegt dies daran, daß mehrere jeder Aufklärung unzugänglich sind, nicht zum wenigsten aber auch daran, daß Kollegen, denen man nach ihrem bisherigen Auftreten eine gewisse Einsicht zutrauen durfte, in entschiedenster Weise Stimmung gegen die Extrabeiträge machten.

Wer von den Mitgliedern unsere Klassenabschlüsse mit Aufmerksamkeit verfolgt hat und gewillt ist, daß der Gewerkverein auch fernerhin für das Interesse seiner Mitglieder in vollem Umfange eintritt, der wird, im Hinblick auf die schon oben klargelegten veränderten Verhältnisse in der gesammten Arbeiterbewegung, eingesehen haben, daß diese auch außerordentliche Maßnahmen notwendig machten. Unrecht ist es, daß einzelne Kollegen durch sogenannte Opposition gegen die Beschlüsse und Anordnungen des Generalraths fortgesetzt Unruhe und dadurch Unzufriedenheit in die Reihen der Mitglieder zu tragen suchen. Gerade der Ernst der Lage, der Kampf gegen das übermächtige Unternehmertum, aber auch die notwendige Verteidigung gegen jene Arbeiterorganisation, welche es offen ausgesprochen, die Gewerksvereine vom Erdboden verschwinden zu machen, sollte Anlaß für alle Kollegen sein, in vollem Vertrauen zum Bureau und Generalrath gemeinsam mit denselben zu arbeiten und diese zu unterstützen. Geschieht dies, dann wird es ein Leichtes sein, sämmtliche Mitglieder zu überzeugen, daß größere Opfer als bisher notwendig sind und diese nur dem Interesse der Mitglieder selbst zu Gute kommen.

In einem weiteren Artikel werden wir die Frage der im Gewerkverein nötigen Agitation erörtern, sowie die Stellung unserer Mitglieder bei Streiks und Aussperrungen einer Besprechung unterziehen.

An unserem Jahresbericht für 1904 suchte die „Holzarbeiterzeitung“ herumzudröseln. Aber man merkt gar bald, daß sie bringende Ursache hat, den guten Eindruck des Berichts abzuschwächen. Es ist geradezu eine Glanzleistung, wenn die „Holzarbeiterzeitg.“ meint, wir dürfen „Beitragserlaß“ nicht als Unterstützung rechnen. Weshalb denn nicht, liebe Kollegin? Weil's bei dem großen Holzarbeiterverband so etwas nicht giebt? Sonst wird doch wohl jeder Mensch, der zu einer Zahlung verpflichtet ist und diese ihm aus Rücksicht auf seine Lage erlassen wird, es als eine Unterstützung ansehen. Selbstverständlich muß der Gewerkverein, der in diesem Falle die Unterstützung gewährt, die Summe den anderen Unterstützungen hinzurechnen. Aber die „Holzarbeiterzeitg.“ leistet sich noch ein anderes Süßchen. Um nachzuweisen, daß unsere Behauptung nicht richtig ist, daß der Gewerkverein diejenige Arbeiterorganisation ist, welche die niedrigsten Beiträge und die besten Leistungen aufzuweisen hat, giebt das genannte Blatt eine Gegenüberstellung, die so recht seine Verlegenheit beweist. Statt einfach zu sagen, der Holzarbeiterverband nimmt folgenden Beitrag und giebt die und die Unterstützungen den Mitgliedern, da macht die „Holzarbeiterzeitg.“ einen Aufsprung mit Ueberschlag. Sie veröffentlicht, wieviel der Holzarbeiterverband an Beiträgen im Jahr einnahm, wieviel er an Unterstützungen zahlte, und stellt unsere Gesamtsumme dem gegenüber. Also wenn im Holzarbeiterverband die Beiträge so schlecht eingehen, daß er bei seiner immer ausposaunten großen Mitgliederzahl nur 1 579 307 M. an Beiträgen einnimmt, dann soll an dieser Summe der Prozentsatz berechnet werden. Nein, für uns ist maßgebend, was das einzelne Mitglied zu zahlen hat und was es nach dem Statut als Gegenleistung ergält. Zu allem Ueberfluß giebt nun der Verwandlungskünstler der „Holzarbeiterzeitg.“ auch noch eine Vorstellung als Rechenkünstler. Der gute Mann hat sich unnötig abgearbeitet, der Gewerkverein dürfte schlecht

fahren, wäre er auf die Unterstützung der „Holzarbeiterztg.“ angewiesen, und so mag er es unsere Sache sein lassen, daß wir die Mehreinnahmen der jetzigen Einnahme in Prozenten berechnen, und das ergibt bei 80000 M. Einnahme das Mehr von 20000 M. Daß wir dabei 25 pCt. haben, das entspricht der Gegenüberstellung der Mehrausgaben-Berechnung. Es soll schon Leute gegeben haben, die durch solch falsche Rechenexempel, wie sie die „Holzarbeiterztg.“ anwendet, arg enttäuscht wurden. Ein Geschäftsmann dieser Art schlug auf seine Waaren 33 1/2 pCt. und redete sich ein, er habe einen Verdienst von 33 1/2 pCt., daher könne er seinen Abnehmern 25 pCt. geben und er begnügte sich mit 8 1/2 pCt. Nach der „Holzarbeiterztg.“ wäre das richtig. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Herstellungspreis 60000 M., Aufschlag 33 1/2 pCt. = 20000 M., zusammen 80000 M., davon 25 pCt. = 20000 M. ab, ergibt 60000 M., der kluge Mann hatte also zum Vergnügen gearbeitet. Wäre der Mann sich klar gewesen, daß er seinen Gewinn vom Verkaufspreis nach Prozenten zu berechnen hatte, dann konnte ihm der Reinsfall nicht passieren. Im Uebrigen zeigt ja die Entwicklung der Dinge in diesem Jahre, daß unsere Befürchtung berechtigt war, daß die Beitragserhöhung uns nicht ein größeres Vermögen zu bringen vermochte und das war es, was der Jahresbericht voraus sah. Die Herren vom Holzarbeiterverband mögen aber beruhigt sein, wir haben in unserem Gewerkeverein fleißig an Mitgliedern zugenommen, trotz des Terrorismus, der vom Holzarbeiterverband geübt wird. Solche Geschäftigkeiten, wie sie die „Holzarbeiterztg.“ ausheckt, können für unsere Mitglieder nur ein neuer Ansporn sein, alles daran zu setzen, um unsere Mitgliederzahl zu verdoppeln. Wie es außerdem auch in dem Jahresbericht dargelegt ist, ist das der beste Weg, um den Prozentsatz unserer Verwaltungsausgaben herabzudrücken und dadurch trotz der Mehrausgaben, die uns der wirtschaftliche Kampf auflodert, unser Vereinsvermögen zu verstärken. — Auf die sonstigen nichtsagenden Glossen der „Holzarbeiterztg.“ gehen wir nicht erst ein, die Rede für die Gewerkevereiner hat sie wahrlich nicht diktiert. Z.

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Juni 1905 berichtet das „Reichsarbeitsblatt“: Die normale Entwicklung des Arbeitsmarktes wurde im Monat Juni in erheblichem Maße durch große Streiks und Aussperrungen, welche in verschiedenen Gewerben stattfanden, beeinflusst. Sieht man von diesen Störungen ab, so ist eine Aenderung der allgemeinen Konjunktur im Juni nicht eingetreten. Die in diesem Monat alljährlich sich geltend machenden Einflüsse des Bedarfs der Landwirtschaft an Arbeitskräften für die Heuernte, des Abflusses von Arbeitskräften nach den Bädern und Kurorten, des Aufhörens der Saison in der Konfektion und im Buchdruckgewerbe traten auch in diesem Jahre in deutlicher Weise hervor. Im Kohlenbergbau haben sich die Beschäftigungsverhältnisse wieder günstiger gestaltet; die Metall- und Maschinenindustrie erkeute sich weiter, mit geringen Ausnahmen, eines sehr guten Geschäftsganges, und das gleiche gilt für die elektrische Industrie. Die Textilindustrie hatte trotz mancher Störungen durch die Bewegung der Rohstoffpreise, von einigen Spezialbranchen abgesehen, gute Beschäftigung aufzuweisen, und ebenso waren die Arbeitsverhältnisse in der chemischen Industrie als günstig zu bezeichnen. Auch im Baugewerbe war die Konjunktur im Allgemeinen günstig, zahlreiche Auslandsbewegungen beeinträchtigten indessen die normale Entwicklung der Arbeitsverhältnisse. Dieser Einfluß der Arbeitsdifferenzen tritt in diesem Monat noch besonders charakteristisch hervor in der Bewegung der Mitgliederziffern der Krankenkassen, die am 1. Juli ein Sinken der Beschäftigungsziffer gegen den Stand am 1. Juni d. J. um 28 893 Personen aufweisen. Bei den Arbeitsnachweisen machten sich die gleichen Umstände auch geltend; charakteristisch trat hier der Rückgang der Arbeitsgesuche hervor, der bereits im Vormonat beobachtet wurde. Bei den Arbeitersachverbänden, welche an das Kaiserliche Statistische Amt berichten, waren am 30. Juni dieses Jahres 1,06 Prozent aller Mitglieder als arbeitslos gemeldet gegen 2,1 Prozent am 1. Juni 1904 und 3,2 Prozent am 1. Juni 1903. Ein Eindringen in die Verhältnisse bei den einzelnen Verbänden ergibt jedoch, daß in einer Anzahl von Verbänden eine recht hohe Arbeitslosigkeit bestand, so bei den Friseur-, Bäcker-, Bildhauer-, Photographen usw.

In der **S o l d u r i e** waren die Sägewerke und Imprägniranstalten ähnlich wie im Vormonat flott beschäftigt. In Pommern mußte theilweise mit Ueberstunden gearbeitet werden. Aus Bayern wird nach einem vorliegenden Berichte darüber geklagt, daß bei dem lebhaften Geschäftsgang die Thatsache, daß in den Monat Juni in diesem Jahre 10 Sonn- und Feiertage fielen, von ungünstigem Einfluß war. Die Fab- und Kistenfabrikation war in befriedigendem Maße mit Aufträgen versehen, so daß gegen die gleiche Zeit des Vorjahres eine Besserung zu verzeichnen war. Die Berichte aus der Möbelfabrikation melden überwiegend einen flotten Abgang. In Berlin haben in Betrieben, die sich dem zweijährigen Vertrage vom 15. Januar d. J. zwischen den vereinigten Verbänden der Arbeitgeber der Holzindustrie und dem Holzarbeiterverband nicht angeschlossen hatten, Einzelstreiks stattgefunden, die nach einem vorliegenden Bericht für die Arbeitnehmer erfolgreich waren. Für die Holzbildhauerei ließ die Beschäftigung, wie üblich um diese Jahreszeit, etwas nach. Die Arbeiterverhältnisse waren im Allgemeinen normal, jedoch war an tüchtigen Arbeitskräften Mangel. Aus Berlin wird berichtet, daß dort das Angebot von Arbeitern verstärkt wurde durch russische Tischlergesellen, die, um sich dem Heeresdienste zu entziehen, in Berlin Beschäftigung

suchten, diese jedoch wegen mangelnder Sprachkenntnisse und ihrer Ungeübtheit in Bezug auf die deutschen Spezialarbeiten nur schwer finden konnten.

Eine nachahmenswerthe Einrichtung hat das Reichspostamt getroffen. Es hat zum Schutze der von Lieferanten der Post beschäftigten Handwerker und Arbeiter eine Reihe einschneidender Bestimmungen erlassen, die in die Verträge mit den Lieferanten — die Post selbst sagt: „Lieferern“ — in Zukunft aufzunehmen sind. Der Unternehmer hat der Oberpostdirektion über die mit Handwerkern und Arbeitern wegen der Ausführung der Arbeiten und Lieferungen abgeschlossenen Verträge und deren Erfüllung jederzeit auf Erfordern Auskunft zu erteilen. Er ist gehalten, den Handwerkern und Arbeitern mindestens die Durchschnittssätze der örtlichen Böhne zu zahlen. Die Oberpostdirektion kann die Zahlung an den Unternehmer verweigern, bis eine ihr genügende Auskunft vorliegt. Sollte der Unternehmer seine Verpflichtungen gegen Handwerker und Arbeiter nicht oder nicht pünktlich erfüllen, so kann die Oberpostdirektion die von ihm geschuldeten Beträge aus seinem Guthaben unmittelbar an die Berechtigten zahlen. Der Unternehmer hat die hierzu erforderlichen Quittungen und sonstigen Unterlagen der Oberpostdirektion zur Verfügung zu stellen, auf Erfordern auch eine Erklärung abzugeben, ob und inwieweit er die Ansprüche der Handwerker und Arbeiter als begründet anerkennt. Geht die Erklärung nicht in der bestimmten Frist ein, so kann der Unternehmer der Oberpostdirektion gegenüber nachträglich Einwendungen gegen die erhobenen Ansprüche nicht geltend machen.

Berichte der Bezirksagitationsleiter.

XI. Bezirk. Während im I. Quartal meine Thätigkeit als Agitationsleiter wenig in Anspruch genommen wurde, gestaltete sich das II. Quartal desto arbeitsreicher. Mein erster Besuch galt dem Ortsverein Laupheim, und zwar am Sonntag, den 14. Mai. Durch die Erhebung von Extrabeiträgen sind die Mitglieder etwas unzufrieden geworden, nachdem ich ihnen aber die Nothwendigkeit größerer Opferwilligkeit vor Augen geführt und auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände hingewiesen, hauptsächlich auch nachgewiesen, daß die Kämpfe sich auch auf süddeutschem Boden abzuspielen beginnen, gaben sich die Kollegen zufrieden, jedoch mit dem ausdrücklichen Wunsch, einen erhöhten laufenden Beitrag zu zahlen, nur keine Extrabeiträge mehr. — Am 28. Mai besuchte ich auf Antrag des Schatzmeisters den Ortsverein S e m p t e n. Es sind dort etwas unliebsame Verhältnisse eingetreten und konnte durch mein energisches Eingreifen die Sache wieder geregelt werden, indem der gesammte Ausschuß neu gewählt wurde. Diesem Ortsverein steht noch ein sehr großes Feld zur Agitation offen. Hoffen wir das Beste. — Am 17. Juni begab ich mich auf die Höhe des Schwarzwaldes zum Besuch des Ortsvereins L a u t e r b a c h. Auch hier herrschte große Unzufriedenheit über die Extrabeiträge. Verschiedene Mitglieder sind ausgezogen, um am Orte eine Lokalkasse zu gründen zur gegenseitigen Unterstützung bei Arbeitsdifferenzen. Wünschen wir, daß dieser Fall nie eintritt; die Kollegen würden ihren Schritt bitter bereuen. Nachdem ich in einer gut besuchten Versammlung die Kollegen auf ihre Lage hingewiesen und die Nothwendigkeit eines erhöhten Beitrages infolge der fortwährend sich steigenden Ansprüche, welche an die Gewerkevereinstaffung gestellt, was nicht voranzuführen war, begründet hatte, sprachen sich die Kollegen dahin aus, daß es wohl angebracht wäre, daß die Ortsvereine rechtzeitig auf die Lage hingewiesen würden, bevor eine Erhöhung des Beitrages oder die Erhebung von Extrabeiträgen stattfinden; es würden dann viele Mitglieder der Organisation erhalten bleiben. Nachdem ich noch die nöthigen Anleitungen behufs Einführung des Vertrauensmännersystems und der Werkstattversammlungen gegeben und darauf hingewiesen, daß hierdurch die Agitation am erfolgreichsten zu gestalten ist, erklärten sich die Versammelten mit meinen Ausführungen vollkommen einverstanden und versprachen, ihr Möglichstes zur Weiterentwicklung unseres Gewerkevereins beizutragen. Auch hier ist noch ein großes Feld, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse sind keine rosig zu nennen. — Meine weitere Thätigkeit erstreckte sich auf die entfernteren Ortsvereine, und zwar besuchte ich am 23. Juni den Ortsverein W o r m s, um daselbst in einer öffentlichen Versammlung, welche gut besucht war, über „Die gegenwärtige Lage der Holzarbeiter und wie kann dieselbe gebessert werden?“ zu referiren. Zu dieser Versammlung hatten sich auch einige Mitglieder des Holzarbeiterverbandes eingefunden und entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, welche hauptsächlich die sehr verbesserungsbedürftigen Verhältnisse in der dortigen Möbelbranche betraf. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dieser Stadt sind nach den Mittheilungen der dortigen Kollegen so eigenartiger Natur, daß ich den Kollegen nur warm empfehlen konnte, alle Kleinlichkeiten bei Seite zu lassen, um gemeinschaftlich eine Besserstellung ihrer Lage herbeizuführen. — Von Worms ging am nächsten Tage die Reise nach K a i s e r s l a u t e r n. Der dortige Ortsverein feierte sein 10. Stiftungsfest, wozu ich die Festrede übernommen hatte. Die Theilnahme an dieser Feier war eine große und hatten sich auch Verbandskollegen aus Mannheim, Zweibrücken, sowie hauptsächlich aus Neustadt a. d. S. dazu eingefunden. Das Fest nahm einen sehr guten Verlauf. Am nächsten Tage versammelte sich eine große Anzahl

Mitglieder, um über innere Angelegenheiten zu sprechen. Auch diese Kollegen erkannten an, daß mehr Opfer gebracht werden müßten, aber nur keine Extrabeiträge. Der Besuch der Pfälzischen Industrie-Ausstellung erbrachte den Beweis, daß die Möbelindustrie in Kaiserslautern in Bezug auf Form und Ausführung vollständig auf der Höhe der Zeit steht. Durch energische, richtig angewandte Agitation wird auch der Ortsverein in der Lage sein, seine Reihen zu vergrößern. Obwohl schon andern Tags ein ausführlicher Bericht über das Stiftungsfest erschien, so hat derselbe wie es scheint seinen Weg zur Schriftleitung der „Eiche“ noch nicht gefunden. — Montag, den 25. Juni ging dann nach Neustadt a. d. S. Wie ja schon in der „Eiche“ berichtet, war die Versammlung etwas schwach besucht. Dem bereits veröffentlichten Bericht hätte ich noch hinzuzufügen resp. richtig zu stellen, daß ich mich keineswegs nur allein gegen das Vorgehen der rheinisch-westfälischen Kollegen ausgesprochen habe, sondern ich habe ausgeführt, daß ich die Vorkommnisse auf beiden Seiten im Interesse unserer Organisation tief bedauere. Eine Stellungnahme für die eine oder andere Partei habe ich mir bis jetzt vorbehalten und werde am Schluß meines Berichtes noch darauf zurückkommen. Die Ansicht der Kollegen in Neustadt, welche glauben, daß eine Lohnbewegung für sie wenig oder garnicht in Betracht kommen könne, ist irrig; die gegenwärtigen Vorkommnisse in allen Theilen Deutschlands liefern den besten Beweis. Deshalb ist es eine heilige Pflicht jedes Arbeiters, auf derartige Dinge vorbereitet zu sein. — Nun ging der Weg nach Mannheim. Die dortigen Kollegen haben ja schon Bericht erstattet und kann ich nur noch hinzufügen, daß in diesem Ortsverein ein guter Geist herrscht. Wenn hier die Agitation richtig betrieben wird, so kann dieselbe noch hundertfältig Früchte tragen. — Der Mittwoch sollte dem Ortsverein Karlsruhe gewidmet sein, der dortige Ausschuß glaubte aber, daß es ihm nicht möglich wäre, eine dem Zweck entsprechende Versammlung mitten in der Woche zusammen zu bringen. Da ich es aber bis jetzt noch nicht zum Privatmann gebracht habe, um die andere Tage müßig zuzubringen, mußte ich in Karlsruhe von einer Versammlung für diesmal absehen, vielleicht bietet sich bald eine andere Gelegenheit, und steuerte dann am gleichen Tage meinen heimathlichen Gefilden wieder zu.

Den ganzen Eindruck, den ich bei dieser Tour gewonnen habe, kann ich in wenigen Worten zusammenfassen. Viel, sehr viel giebt es in allen diesen Ortsvereinen noch zu arbeiten, das Feld ist meistens günstig; die Art unserer jetzigen Agitation ist aber nicht genügend, es ist dringend nothwendig, wenigstens für eine jede Provinz einen unabhängigen Beamten zu schaffen. Andere Organisationen nutzen die Gelegenheit weit besser aus. Vorkommnisse, wie dieselben schon eine geraume Zeit die Spalten unserer „Eiche“ füllen, müssen unbedingt vermieden werden, es wird überall die größte Mißbilligung darüber ausgesprochen. Unsere Gegner sind die lachenden Dritten. Der Generalrath bezw. die Preßkommission möge Sorge tragen, daß diese Artikel von beiden Seiten einfach nicht aufgenommen werden, denn dieselben schädigen das Ansehen der Organisation. Wir haben die Generalrevisoren; glauben die Kollegen mit den Beamten nicht zufrieden zu sein, wende man sich an diese. Der Antrag auf Erhebung der Extrabeiträge war ein verfehlter; es hat sich herausgestellt, wie ich schon früher erwähnte, daß es eine große Aufregung in die Reihen der Mitglieder bringt. Der Antrag der Kollegen in Rheinland und Westfalen, behufs Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, war etwas zu früh gestellt; wäre derselbe ein Jahr später erfolgt, dann würde derselbe entschieden mehr Zustimmung gefunden haben. Eine Hauptsache bei unserer ganzen Agitation ist die, daß den Mitgliedern etwas mehr Opferwilligkeit empfohlen werden muß. Nehmen wir uns ein Beispiel an den Christlichen, dieselben bezahlen jetzt schon 40 Pf. Ich weiß ganz sicher, es kostet große Mühe, wir dürfen aber dennoch nicht verzagt sein und wollen wir unser Hauptaugenmerk jetzt darauf richten, für Süddeutschland einen Beamten zu gewinnen, das Feld ist groß und die Arbeit wird sich lohnen. Diejenigen Ortsvereine, welche in irgend einer Angelegenheit Aufklärung oder eines Rathes bedürfen, möchte ich ersuchen, sich vertrauensvoll an mich zu wenden.

Differenzen in der Holzindustrie.

Von der in Folge des Streits der Maschinenarbeiter von der freien Vereinigung der Arbeitgeber im Tischlergewerbe in Breslau vorgenommenen Aussperrung der Tischler sind ungefähr 1000 Kollegen betroffen. Da die angebahnten Einigungsverhandlungen keinen Erfolg hatten, so beschloßen die ausgesperrten Tischler, nun auch ihrerseits Forderungen an die Mitglieder der Freien Vereinigung zu stellen und zwar werden sie eine Lohnerhöhung verlangen. Mit diesem Verhalten hat sich der Kampf bedeutend verschärft und ist vorläufig an dem Stande, nicht zu denken. — Von unsern Kollegen in Bromberg ist mir mittheilung, daß von den beiden theilhaftigen Organisationen ausgedehnte Verhandlungen unterbreitet worden und haben sich diese zu Verhandlungen bereit erklärt. Da mit dem Tarif im Wesentlichen eine Lohnerhöhung sowie geringfügige Arbeitszeitverlängerung, insbesondere die anderen Punkte nur eine Regelung der Verhältnisse schon bestehender Verhältnisse bedeuten, so steht zu erwarten, daß die Verhandlungen zur gütlichen Verständigung führen werden. — Die Lohnbewegung der Holzpantoffelmacher in Glogau hat sich hinter die Tarifbewegungen bis 1. Januar 1907

komnten leider nur mit einem Fabrikanten abgeschlossen werden. Im Uebrigen ist die wöchentliche Arbeitszeit auf 58 Stunden festgesetzt, der Stundenlohn für Nebenarbeiten wird nach dem Akkordverdienst berechnet, auch wird beim Holzzuschneiden ein Mann vom Meister gestellt eventl. für das Paar Pantoffel 1 Pfennig bezahlt. — Zur Beilegung der Differenzen in Düsseldorf, wo zur Zeit über 1000 Holzarbeiter ausgesperrt sind, wurden in vergangener Woche von Seiten des Gewerbegerichtsvorsitzenden Herrn Steuerburg Versuche zur Anbahnung von Friedensverhandlungen gemacht. Wie uns mitgetheilt wird, haben sich jetzt auch die Arbeitgeber bereit erklärt in die Verhandlungen einzutreten. Hoffentlich gelingt es bei beiderseitig gutem Willen den sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer schädigenden Kriegszustand ein Ende zu machen und eine beide Theile befriedigende Einigung zu erzielen. Nach den uns soeben zugegangenen Mittheilungen haben die Verhandlungen wohl zur Verständigung über Arbeitszeit und Pausen geführt, doch weigerten sich die Arbeitgeber ganz entschieden hinsichtlich der Lohnaufbesserung irgendwie nennenswerthe Zugeständnisse zu machen. Schließlich wurden die Verhandlungen bis nach dem Stattfinden des Kasseler Tischlertages auf Montag den 14. August verlagert. — In dem Streit und der Aussperrung in Gelsenkirchen sind Änderungen nicht eingetreten. Die Arbeitgeber weigern sich weitere Zugeständnisse zu machen, und lehnen jede Verhandlung ab. In einer gut besuchten Holzarbeiterversammlung wurde nach längerer Diskussion beschlossen, den Kampf mit aller Entschiedenheit weiterzuführen und die Erwartung ausgesprochen, daß die unverheirateten Kollegen das Streitgebiet verlassen werden. — Auch die Kollegen in Gleiwitz rühren sich. In einer kombinierten Versammlung der am Ort organisirten Holzarbeiter wurde beschlossen, in einer demnächst einzuberufenden öffentlichen Holzarbeiterversammlung der Frage der Einführung eines Tarifvertrages näher zu treten. — Zu dem von uns in Nr. 30 der „Eiche“ gebrachten Bericht über eine Bewegung der Drechsler in Görlich theilt uns der Vorsitzende des dortigen Ortsvereins Kollege Kleine mit, daß durch die Lohnbewegung die 57stündige wöchentliche Arbeitszeit sowie eine 10prozentige Lohnerhöhung erzielt wurde. Zum Streit oder einer Aussperrung sei es nicht gekommen.

Aus der Rechtsprechung

in gewerblichen Angelegenheiten und dem Arbeiter- Versicherungswesen.

(Nachdruck verboten.)

Weigerung eines Unfallverletzten, sich außerhalb seiner Wohnung untersuchen zu lassen. Ein bei einem Unfall schwer Verletzter war durch sorgfältige ärztliche Behandlung wieder vollkommen hergestellt worden, doch bewilligte ihm die Berufsgenossenschaft auf Vorschlag des behandelnden Professors — mehr aus Mitleid — eine Rente von 10 Prozent. Einige Jahre später stellte der Verletzte bei der Berufsgenossenschaft den Antrag, seine Rente zu erhöhen, da er starke Schmerzen habe und schon seit Monaten die Wohnung nicht mehr verlassen könne. Infolgedessen richtete die Berufsgenossenschaft die Aufforderung an ihn, sich zur ärztlichen Untersuchung nach einem näher angegebenen Orte zu einem bestimmten Arzte zu begeben. Der Kranke lehnte es ab, dem Ersuchen Folge zu leisten und verweigerte sogar die Annahme des ihm zu dem Zweck der Reise angebotenen Fahrgeldes. — Dieses merkwürdige Verhalten erklärte die Ehefrau des Rentenempfängers damit, ihr Mann „sei nicht richtig im Kopf“, er habe durch den Unfall schwerer gelitten, als dies anfänglich erkennbar war. Von der Berufsgenossenschaft wurde nun ein Arzt in die Wohnung des Kranken geschickt, und da dieser ihn für körperlich und geistig gesund erklärte, so wurde sein Gesuch um Erhöhung der Rente abgelehnt. Nachdem die Berufung, welche die Ehefrau gegen dieses Urtheil eingelegt hatte, abschlägig beschieden worden war, und zwar deshalb, weil der Kranke sich geweigert hatte, sich zur Untersuchung zu stellen, rief die Frau die Entscheidung des sächsischen Landesversicherungsamtes an. Dieses ließ den Kranken in seiner Wohnung von einem Sanitätsrath untersuchen, und da dieser zu der Feststellung gelangte, daß der Zustand des Klägers sich seit der letzten Rentensfestsetzung thatsächlich sehr verschlimmert habe, wobei der Patient auch seelisch sehr niedergedrückt werde, so wurde letzterem eine Rente von 30 Prozent der Vollrente zugesprochen. Die Weigerung des Kranken, sich zur Untersuchung zu stellen, so heißt es in den Gründen, kann auf die Bewilligung oder Nichtbewilligung des Antrages keinesfalls von irgend welchem Einfluß sein, denn nicht bloß das Ergebnis der Untersuchung des Sanitätsraths, sondern alles, was in der letzten Zeit über das Thun und Treiben des Kranken bekannt geworden ist, läßt es in höchstem Grade zweifelhaft erscheinen, ob er sich im Besitz der zur Erkenntniß der Verantwortlichkeit seines Thuns erforderlichen Einsicht befand. Jedenfalls scheint die Vermuthung seiner Frau, er sei nicht ganz richtig im Kopf, durchaus das Richtige zu treffen. Unter diesen Umständen ist aber die Weigerung des Kranken, sich den von der Berufsgenossenschaft angeordneten Maßnahmen zu unterwerfen, nicht auf Widerpenstigkeit zurückzuführen, sondern auf Unverstand, und dem Antrage auf Erhöhung der Rente war stattzugeben.

Das Recht des Arbeiters auf ein richtiges Zeugniß.
 Ein Arbeiter war in einem Fabrikbetriebe etwa ein halbes Jahr lang beschäftigt und zwar zuerst als gewöhnlicher Arbeiter und später als stellvertretender Vorarbeiter. Schließlich avancierte er sogar zum Aufseher. Freilich behauptete er sich nicht lange in dieser Position, denn schon nach einem Tage kam es zwischen ihm und seinem Arbeitgeber zu Differenzen, die seine Entlassung zur Folge hatten. Der Arbeiter klagte auf Schadenersatz, indem er behauptete, er sei zu Unrecht entlassen worden, ferner aber verlangte er ein ordnungsmäßiges Zeugniß, da dasjenige, welches er erhalten habe, ihn nur als stellvertretender Vorarbeiter, nicht aber als Aufseher bezeichne. — Die Klage war bereits in mehreren Instanzen abgewiesen worden, indessen wurde das Urtheil, insoweit es sich auf die Ertheilung des Zeugnisses bezog, vom Reichsgericht aufgehoben. Schon in der vorletzten Instanz hatte der Beklagte den Einwand erhoben, der Anspruch des Arbeiters auf Ausstellung eines ganz genauen Attestes kennzeichne sich unter den gegebenen Verhältnissen als Schikane, und er, der Arbeitgeber, sei um so weniger verpflichtet, dem Verlangen seines früheren Angestellten Folge zu geben, als § 226 des Bürgerl. Gesetzb. bestimme, daß die Ausübung eines Rechtes unzulässig sei, wenn sie nur den Zweck hat, einen anderen Schaden zuzufügen. — Während die Vorinstanz die Bezugnahme auf diese Gesetzesbestimmung auch billigte, hat sich das Reichsgericht zur gegenseitigen Anschauung bekannt. Keineswegs sei es als Schikane anzusehen, wenn der Kläger die Ertheilung eines Zeugnisses über einen Dienst von einjähriger Dauer im Klagewege zu erzwingen versucht, denn der erwähnte § 226 erklärt die Ausübung eines Rechtes nur dann für unzulässig, wenn sie lediglich den Zweck hat, einem anderen Schaden zuzufügen. — Davon kann doch aber hier gar keine Rede sein, denn zweifellos ist der Kläger berechtigt, das Zeugniß zu verlangen. Die Ausübung eines Rechtes enthält aber niemals eine Schikane, selbst dann nicht, wenn vom Kläger eine Schädigung beabsichtigt sein sollte. Nur dann, wenn der Kläger keinen Rechtsanspruch auf ein Zeugniß habe und lediglich den Zweck verfolgen würde, den Beklagten zu benachtheiligen, würde der § 226 des Bürgerl. Gesetzb. Anwendung finden können. rd.

Aus den Ortsvereinen

Hamburg. Am Sonnabend, den 29. Juli, hielt unser Ortsverein seine Monatsversammlung ab, zu welcher auch der Ortsverbandsausschuß eingeladen und erschienen war, und wir zum ersten Mal Gelegenheit hatten, unseren Agitationsleiter, Kollegen **Albert Peters-Wittenberge**, hier kennen zu lernen und sprechen zu hören. Punkt 1/10 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Kollege **Nels**, die Versammlung und widmete gleich zu Anfang unserem allverehrten Anwalt **Dr. Max Hirsch**, dem Begründer der Deutschen Gewerksvereine, einen warmen Nachruf, in welchem er die Verdienste des Verstorbenen um die Gesamtarbeiterchaft hervorhob, nach welchem sich die Anwesenden von ihren Sigen erhoben. Hierauf wurde das Protokoll und Kassenbericht verlesen. Dann erhielt Kollege **Albert Peters** das Wort zu seinem Referat: „Die Deutschen Gewerksvereine — und warum organisiren wir uns?“ Referent besprach in klarer und verständlicher Weise die Entstehung, Ziele und Zwecke der Gewerksvereine, wie diese von unserem Anwalt nach Muster der englischen Trade Union im Jahre 1868 ins Leben gerufen worden sind. Es würde zu weit führen, jeden einzelnen Punkt des Referats hier näher zu beschreiben. Ein spezieller Wunsch aber des Referenten ging dahin, daß hier in Hamburg ein jeder Gewerksvereiner ein Agitator sein und für die gute Sache eintreten müsse, um immer neue Mitglieder zu gewinnen. Niemand dürfe denken, „wenn ich nur meine Beiträge bezahle und dann einmal zur Versammlung komme, erfülle ich die Pflicht eines Gewerksvereiners!“ Das lehrreiche Referat wurde von sämtlichen Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende, Genosse **Nels**, dankte Kollegen **Peters** nochmals für sein ausführliches Referat. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden noch Verbands- und Ortsvereins-Angelegenheiten besprochen. Vor Schluß machte der Vorsitzende, Kollege **Reith**, die Mitglieder darauf aufmerksam, daß im Monat August noch ein Vortrag von Herrn **Dr. Fürst** über „Veruskränkheiten“ gehalten würde, und bat die Versammlung, diesen Vortragsabend zahlreich zu besuchen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung um 12 Uhr.

Gustav Wittschel, Sekretär.

Fürth (Bayern). Am Sonnabend, den 29. Juli, hielt der Ortsverein der Schreiner, Drechsler und verwandter Berufe eine leider schwach besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege **Neder**, begrüßte die Anwesenden und kam dann zur Tagesordnung: Antrag Düsseldorf (Außerordentliche Generalversammlung). Der Vorsitzende erstattete genauen Bericht und betonte, daß die Verwaltung des hiesigen Ortsvereins in einer ihrer letzten Sitzungen die Sache reiflich berathen hätte und es dieser Versammlung überläßt, darüber zu entscheiden. **Neder** erläuterte in kurzen Zügen, daß die Sitzung es abgelehnt hat, dafür einzutreten, daß eine außerordentliche Generalversammlung stattfindet. Es würden zu hohe Kosten entstehen und durch eine Urabstimmung doch dasselbe zu erreichen sein. Die Anstellung von 12 besoldeten Agitationsbeamten würde ein ungeheures Geld kosten und könnte damit nur eine allzu hohe Beitragserhöhung

eintreten, die nach unseren Verhältnissen mehr Schaden als Nutzen innerhalb der Organisation bringen würde. Erlangen, Nürnberg usw. und alle für eine Urabstimmung, nur Augsburg, mit Düsseldorf an der Seite, halten fest zu den Anträgen, um ihre Leute unterzubringen. — Kollege **Henger I** meint, daß, wenn man jetzt die „Eiche“ lieft, es zu bedauern ist, in welcher unkollegialer und rüpelhafter Weise die Kollegen sich jetzt bekämpfen, man müßte glauben, daß man unter Gegnern sei. Er erläutert die Beschlüsse der Generalversammlung in Weiskensels, wo das erste Mal Beitragserhöhung auf der Tagesordnung stand und man hinreichend auszukommen glaubte. Ganz anders liegt es aber heute. **Neder** betont, daß die letzte Generalversammlung in Düsseldorf 4800 Mk. gekostet hätte und daß die jetzt verlangte ebenfalls 4000 Mk. kosten würde. Da wir aber unter jetzigen Verhältnissen das Geld notwendiger brauchen, als dafür hinauszuerwerfen, empfiehlt es sich, den Antrag abzulehnen; bei 10 Pf. Beitragserhöhung würde das Geld für die 12 besoldeten Agitationsbeamten ebenso wenig ausreichen, und wir ständen auf demselben Punkte wie vordem. Ebenso wenig glaubt **Neder**, daß dadurch unsere Gewerksvereinsideen besser hinausgetragen würden; er befürchte vielmehr eine Verminderung der Mitgliedschaft. Von der Anstellung **Schumachers** versprach sich Kollege **Henger I** sehr viel, es scheint aber, als ob derselbe nur für das Bureau und Schlesien angestellt wäre. Das richtigste dürfte sein: ein Jeder sei selbst Agitator. — Kollege **Kraft** glaubt, daß mit dem Antrag und der ganzen Bewegung nur Personenkultus getrieben wird, da dasselbe doch nur von **Eberfeld** und **Augsburg** ausgeht. Kollege **Reil-Eberfeld** ließ ja schon in einer in Fürth stattgefundenen Versammlung durchblicken, daß er schon halb angestellt sei. **Neder** glaubt, daß man in Bezug auf Anstellung in Fürth dasselbe Recht habe als **Eberfeld** und **Augsburg**. Er bedauert nur, daß man in Düsseldorf auf der Generalversammlung noch nicht so weit gesehen hat, wie man in Zukunft die Beitragserhöhung zur Entwicklung bringen müßte. Kollege **Kraft** stellt den Antrag, daß sich die fränkischen Ortsvereine einmal in nächster Zeit in Nürnberg zusammen finden möchten, um über diesen Punkt endgültig zu beraten. — Kollege **Böhm I** glaubt, daß es immer besser wäre, wenn man von Seiten des Generalrats etwas hören würde, was die bisherigen unbesoldeten Agitationsleiter geleistet hätten. Vorsitzender **Neder**, als Agitationsleiter, übernimmt die Einladung der verschiedenen fränkischen Ortsvereine und ist somit dieser Punkt zur Erledigung gelangt. G. G. Sager, Schriftführer.

Stettin. Am 1. August fand im Lokal des Genossen **Engelle** eine gemeinsame Mitgliederversammlung der Ortsvereine **Stettin I** und **Stettin-Bredow** statt, welche vom Vorsitzenden **Gunow** geleitet wurde. Die Tagesordnung bestand in einem Referat des Kollegen **Schumacher-Berlin** über: „Vorgänge in der Arbeiterbewegung“ und „Freie Diskussion“. In seinen ersten Ausführungen beleuchtete Kollege **Schumacher** die Arbeiterbewegung einst und jetzt, wie dieselbe durch das brutale Vorgehen der Unternehmerverbände durch nichts zu rechtfertigende Massenausperrungen usw. in ein ganz anderes Stadium getreten sei, und wir wohl damit zu rechnen hätten. Anschließend hieran schilderte Kollege **Schumacher** in eingehender Weise die Ueberrumpelungspolitik und Taktik der freien modernen Gewerkschaften bei Lohnbewegungen den Gewerksvereinen gegenüber, wie sie besonders in jüngster Zeit bei der Lohnbewegung im Stettiner „Bulkan“ zum Ausdruck kam und gehandhabt wurde. Namentlich der Redakteur **Faber** vom Stettiner „Intelligenzblatt“, genannt der „Volkshole“, verstand es meisterhaft, in der letzten öffentlichen Gewerksvereinsversammlung diese Taktik in Anwendung zu bringen. Seine ganzen Ausführungen bestanden in nichts weiter als Unwahrheiten, Verdrehungen wahrer Thatsachen, Verächtlichmachen unserer Gewerksvereinsführer. Hier handelte Herr **Faber** nach dem Wahlspruch: „Tretet die Führer vor den Bauch — schmeichelt die Mitglieder!“ Mit welcher „wahren Thatsachen“ **Faber** in der Versammlung am 19. Juli operirte, zeigt die folgende Angelegenheit des Kollegen **Prochnow**: „In einer Versammlung der Gewerkschafter im Bredow'schen Schützenhause, wo nur „Bulkan“-Arbeiter Zutritt hatten, gab Kollege **Prochnow** die Thatsache bekannt, daß die Gewerksvereiner selbstständig ihre Forderungen der Direktion des „Bulkan“ eingereicht, weshalb, ist hinlänglich bekannt. Der „Volkshole“ brachte diese Mittheilung mit folgendem Zusatz: Hr. habe Tags zuvor, als er hiernach befragt, nicht den Muth gehabt, dies einzugehen. Dies war dem Blatt fälschlich berichtet. In der öffentlichen Gewerksvereinsversammlung am 19. Juli in der Bredow'schen Brauerei sollte dies richtig gestellt werden, dem kam der Redakteur **Faber** zuvor, als er in der Person des Tischler **Höder** den Angeber bezeichnete. Nach Schluß der Versammlung im Beisein vieler Theilnehmer sogleich hierüber zur Rede gestellt, gab derselbe unter allerlei Ausflüchten bekannt, daß er dies von jemand anders erfahren, er könne sich augenblicklich auf die Person nicht besinnen. Dem Auchkollegen derselben Werkstatt wurden 2—3 Tage Bedenkzeit gegeben, um sein Gedächtniß etwas aufzufrischen. In einer alsdann stattfindenden Werkstattversammlung nochmals aufgefordert, den Namen zu nennen, hatte er nur Schimpfworte, die Gewerksvereine wegen ihres selbstständigen Vorgehens als niederträchtig zu bezeichnen. Mehrfach aufgemuntert, selbst von seinen Verbandskollegen, doch den Namen zu nennen, gab er nur die Mittheilung zum Besten, er habe 8—9 Kollegen in der Werkstatt beauftragt, die Gewerksvereiner auszuhorchen, ob sie bereits vorgegangen. Wer von den Kollegen ihm dies mitgetheilt, sei ihm entfallen. — Wahrlich ein eben solcher Kronzeuge, wie der gewesene

Vorsitzende Reinke in Anklam. Der Mann ist nämlich Vertrauensmann des Holzarbeiterverbandes, Mitglied des Arbeiterausschusses im „Vulkan“, als welcher er die Forderungen der Arbeiter bei der Direktion zu vertreten von seinen Verbandskollegen beauftragt ist. Zu einem solchen Berichterstatter kann man dem Redakteur Faber nur gratulieren, er macht dem „Volksboten“ alle Ehre.“ — Ferner wußte Kollege Schumacher so recht treffend vorzuführen, wie wir Gewerksvereiner allemal in den Augen der modernen Gewerkschaften und ihres sozialdemokratischen Anhangs die Sündenböcke sein müssen. Geht die Sache gut, dann heißt es bei den Modernen: „hier, hier steht her, wir sind es, die die wahren Interessen der Arbeiter vertreten“, geht die Sache schief, dann haben die Hirsche schuld. Verheiligen wir uns nicht, dann wird geschrien: „seht die Verräther!“ Die Kollegen werden aus diesen Ausführungen erkennen, wie von Seiten der Gewerkschaften eine Agitation getrieben wird, die nichts weniger als im Interesse aller Arbeiter liegen dürfte. Der Vorwurf aus gegnerischem Lager: „Wir nehmen Euch mit vollen Rechten auf“, klingt auch sehr höhl. Ganz abgesehen davon, daß ein derartiger unlauterer Wettbewerb einer Arbeiterorganisation unwürdig ist, hat schon mancher Kollege erfahren müssen, daß die „vollen Rechte“ sehr viel zu wünschen übrig lassen. Ist derselbe aber einmal auf die Dauernfängerei hineingefallen, dann giebt es kein Zurück mehr und der Verband hat wieder ein Mitglied gewonnen. Uebergehend zum Fall Oldenburg-Anklam schilderte Koll. Schumacher die Sache, wie dieselbe den Kollegen aus den Mittheilungen der „Eiche“ bekannt sein dürfte. Hochinteressant war die Schilderung der Handlungsweise des Herrn Reinke. Nach der Charakterisirung des Reinke, wie Kollege Schumacher dieselbe gab, wundert es uns garnicht mehr, daß Herr Faber auch diesen in der Versammlung vom 19. Juli als Kronzeugen gebrauchte, denn der Auchkollege Höder wie Reinke scheinen auf gleicher Stufe zu stehen. Wir gratulieren zu solcher Partnerschaft. Herr Reinke wird jetzt jedenfalls unseren Ortsverein in Anklam zum Thore hinausgrauen und die Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu einer ungeachteten Höhe bringen. Bis jetzt ist es noch umgekehrt der Fall. Weiter streift Koll. Schumacher den in den Sand verlaufenen Berliner Modellistikerstreik und die Art und Weise, wie von der Centralstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes Stuttgart die Streikarbeit begünstigt und gutgeheißen wurde. Es ist doch sehr unangenehm, daß die verdammten Hirsche die Sache ans Licht gezerrt haben. Der umgekehrte Fall wäre den Herren sicher angenehmer gewesen. Mit einem kurzen Rückblick auf die Lohnbewegung in Halle vom vorigen Jahre schloß Kollege Schumacher seinen 1 1/2 stündigen hochinteressanten Vortrag mit der Bitte, die Kollegen möchten im Kampf gegen Lüge, Verleumdung und unwahren Behauptungen von gegnerischer Seite die angeführten und durch nichts zu entstellenden Thatsachen gebrauchen. — Auch ich kann mich dieser Bitte nur anschließen und rufe den Kollegen in allen Theilen Deutschlands zu, durch offenes, selbstständiges und freimüthiges Eintreten für die Arbeiterfrage in unserem Sinn zu arbeiten und zu wirken. Dadurch wird mehr erreicht, als durch übertriebenen Radikalismus und Schlagworte, wie solche nur von einer politischen Partei diktiert werden. — Zu Punkt VI der Tagesordnung „Freie Diskussion“, die sich hauptsächlich mit der „Vulkan“-Angelegenheit befaßte, ging vom Kollegen Kühn folgende Resolution ein:

„Die heut, den 1. August 1905, tagende kombinierte Ortsvereinsversammlung der Tischler Stettin I und Stettin-Bredow erklärt sich mit dem Vorgehen ihrer Vereinsvorstände in der Angelegenheit „Vulkan“ vollständig einverstanden und spricht denselben ihr volles Vertrauen aus.“

Diese Resolution fand mit allen gegen eine Stimme Annahme. Unserem Kollegen Schumacher an dieser Stelle nochmals unseren besten Dank.
H. W.

Söln-Chrenfeld. Unser Ortsverein hatte am 23. Juli eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, in welcher unser Agitationsleiter, Kollege Kreil, einen Vortrag über die Düsseldorf-Aussperrung hielt. Um 11 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Kollege Sentschel, die Versammlung, bedauerte aber, daß nicht alle Kollegen zu einer solch wichtigen Versammlung gekommen wären. Erwähnt sei noch, daß viele Kollegen von anderen Berufsvereinen anwesend waren. Nachdem das Protokoll verlesen war, ertheilte der Vorsitzende dem Kollegen Kreil das Wort zu seinem Referat. Redner schilderte zuerst die Zwecke und Ziele der Organisation, dann kam er auf die Aussperrung zu sprechen. Im Jahre 1898 wäre in Düsseldorf durch Kampf der Organisation der neunstündige Arbeitstag eingeführt worden und, was noch von großem Nutzen für die Arbeiterschaft sei, ein Einigungsamt errichtet, welches sich bis jetzt noch immer gut bewährt hat. Bei der Erhöhung der Lebensmittelpreise und Mieten mußten auch die Löhne steigen, und wenn das in Frieden und Einigkeit gemacht werden soll, so könne dies nur durch Arbeitsverträge geschehen. Am 1. Juli war nun der Tarif abgelaufen und wurde dies auch dem Einigungsamte unterbreitet, zugleich wurde auch angedeutet, daß von jetzt ab eine Lohnerhöhung von 2—4 Pfg. pro Stunde stattfinden soll. Aber weit gefehlt. Es machten sich bei den Unternehmern reaktionäre Verhältnisse bemerkbar, die davon absolut nichts wissen wollten. Es wurde von ihnen ein einseitiger Vertrag ausgearbeitet und in ihren Betrieben ausgehängt, welcher aber nicht anerkannt wurde. Hierauf wurden dann die Arbeiter ausgesperrt. Es waren ihrer 11—1300 Kollegen. Es wurde nun von den Unternehmern versucht, einen Keil dazwischen zu treiben,

was aber durch die Solidarität der Arbeiter nicht gelang. Besonders wurde von einem Unternehmer bedauert, daß die Christlichen so etwas mitmachten, die wären noch schlimmer wie die Nothen. Redner führte weiter an, daß die Sache für die Arbeiter günstig stände, denn es hätten schon 20 bis 30 Arbeitgeber mit ca. 300 Arbeitern die Forderungen bewilligt. Die Kollegen könnten daraus ersehen, daß nur durch die Organisation etwas erreicht werden könne und müßten dadurch die Arbeiter immer mehr angespornt werden, die Indifferenten zur Organisation heranzuziehen. Als bester Beweis hierfür diene der Ausspruch eines Unternehmers: „Es muß dahin gearbeitet werden, daß der Arbeiter wieder geknechtet wird.“ Redner machte noch darauf aufmerksam, daß die Kollegen in Gelsenkirchen die zehnstündige Arbeitszeit einführen wollen, womit sich auch ein Theil der Arbeitgeber zufrieden giebt, aber das Bauunternehmertum wolle keinen Tarif, und wurden daraufhin die Kollegen ausgesperrt. Zum Schluß betonte Referent, daß wir mehr für die Ansammlung von Kapitalien sorgen und vor allen Dingen auch mehr für die Verbreitung der Presse eintreten müßten. — An der darauf folgenden lebhaften Diskussion be-theiligten sich die Kollegen Tuti, Weiker, Melchior und Sadke. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verurtheilt das Vorgehen der Unternehmerverbände. Die Anwesenden verpflichten sich, die ausgesperrten Kollegen moralisch und finanziell zu unterstützen.“

Nach dem Schlußwort des Referenten schließt der Vorsitzende die interessante verlaufene Versammlung um 1/2 Uhr. An dieser Stelle nochmals unserem Agitationsleiter, Kollegen Kreil, besten Dank.
Joh. Winter, Sekretär.

Literarisches.

Die **Behaglichkeit der Wohnräume** und ihre praktische Ausgestaltung, das sind Fragen, die immer weitere Kreise des Publikums beschäftigen, welches der Schönheit und Zweckdienlichkeit moderner Gebrauchsmöbel mehr und mehr Verständnis entgegenbringt. Die bekannte Fachzeitschrift „Der süddeutsche Möbel- und Bau-schreiner“ stellt sich nun die Aufgabe, den Schreiner durch Vorführung mustergültiger Entwürfe, wie durch belehrenden Fachartikel mit den heutigen Anforderungen in Bezug auf Stil, Technik und Material vertraut zu machen und ihn so zu befähigen, dem Geschmack der Auftraggeber gebührend Rechnung zu tragen. Bei den zahlreichen Vorlagen und Entwürfen nebst Details legt „Der süddeutsche Möbel- und Bau-schreiner“ deshalb zugleich Werth auf leichte, billige Ausführbarkeit der Arbeiten. Wir können das schöne, dabei billige Fachblatt (vierteljährlich M. 1,50) allen Interessenten bestens empfehlen. Der Verlag von Greiner & Pfeiffer, Stuttgart, versendet auf Verlangen Probehefte kostenlos.

Briefkasten der Redaktion.

Berichte aus Duisburg, Düsseldorf, Cottbus, Wittenberge, mußten wegen Raummangels resp. zu spätem Eingang bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Amtlicher Theil.

Aus der 58. Bureau-sitzung vom 7. August 1905.

Dem Bureau liegt eine Sammelliste aus Elberfeld, unterzeichnet der Vorstand der Rh.-Westf.-Agitationskommission, vor. Es wird den Vereinen bekannt gegeben, daß von der Versendung solcher Listen dem Generalrath nichts gemeldet ist.

Die Wahlen eines Beisitzers in Fürth, eines Schriftführers in Rathenow, werden im Namen des Generalraths bezw. Vorstandes bestätigt.

Von den Meldungen der Domizilwechsel der Mitglieder: 6147 Sientzsch-Themar (Landausenthalt). — 10096 Döhler-Mannheim nach Gensungenheim Röhrlach, wird auf Grund ärztlicher Schreiben, genehmigend Kenntniß genommen. Ebenfalls Meldung aus Raumburg, über die Abhaltung einer behördlichen Rassen- und Bücherprüfung, welche zu Ausstellungen nicht Anlaß gab.

Uebersiedelungsbeihilfe erhält: 10492 Dewandowski-Berlin (Nord) von Dütow für 408 Kilometer; das Mitglied persönliches Reisegeld, soweit noch nicht erhalten, 10,20 M., für die Frau 8,16 M., Beihilfe zur Ueberführung der Wirthschaft 26,10 M., Summa 44,46 M. — 8373 Stidel-Ditzingen von Augsburg für 196 Kilometer; das Mitglied persönliches Reisegeld, soweit noch nicht erhalten, 4,90 M., für die Frau 3,92 M., Beihilfe zur Ueberführung der Wirthschaft 16,60 M., in Summa 25,42 M.

Streif- bezw. Aussperrungsunterstützung, pro Arbeitstag 2 M. erhalten: Breslau I 1196 und 1201 vom 1. 8. — Düsseldorf 18968 vom 4. 8. (nur 1 M. pro Arbeitstag).

Arbeitslosenunterstützung, pro Wochentag 1,50 M., erhalten: 12290 Reisch-Augsburg vom 8. 8. — 833 Guhl-Berlin (Nord) vom 14. 8. mit Einrechnung der seit dem 19. 12. 1904 erhaltenen

Unterstützung. — 2220 Neundebel-Erlangen vom 3. 8. — 11162 Popp-Fürth vom 8. 8. mit Einrechnung der seit dem 4. April erhaltenen Unterstützung. — 9106 Faber-Loth vom 10. 8. — Antrag 5135 Loth-Nordorf wird abgelehnt.

In Arbeit: 13579 Heintze-Berlin (West) am 4. 8. — 13394 Nahn-Stettin-Bredow am 4. 8. ausgestellt.

Nach Streit: Berlin (Moabit) 10893 am 3. 8. — Breslau II 19248 durch am 31. Juli erfolgte Abreise. — Düsseldorf 1972, 14265, 14837, 18150 am 1. 8.; 13682 und 16799 am 4. 8. — Gelsenkirchen 4481 am 28. 7. — 16721 Haselhorst ist wegen Schädigung der Gewerkeinteressen gestrichen.

A. Wahlke, Vorsitzender.

W. Zielke, Schatzmeister.

P. Bamburg, Generalsekretär.

Werthe Kollegen!

Außerordentliche Anforderungen können nur mit außerordentlichen Mitteln beglichen werden.

Aus dieser Erkenntnis hat der gesammte Generalrath den folgenden in der außerordentlichen Generalrathssitzung am 4. August 1905 gestellten Antrag angenommen:

„Von der 32. Woche ab bis auf Weiteres 10 Pf. pro Woche Extrabeitrag zu erheben.“

Wir haben das Vertrauen zu unseren Mitgliedern, daß sie Willens sind, dafür einzutreten, daß der Gewerkeverein seine Bedeutung als Arbeiterorganisation nicht nur aufrecht erhält, sondern jederzeit im Stande ist, diese noch mehr zum Schutze und Besten seiner Mitglieder entfalten zu können. Darum Kollegen zeigt, daß auch Ihr gewillt seid, zur Stärkung Eures Vereins beizutragen, indem die notwendigen Opfer getragen und kein Mitglied wegen Nichtachtung derselben gestrichen zu werden braucht.

Die Extrabeiträge sind mit der 32. Woche beginnend pro Woche mit 10 Pf. zu erheben, und von dieser Woche an neben dem laufenden Beitrag von jedem Ortsvereinsmitgliede ohne jegliche Ausnahme zu zahlen.

Verwaltungskosten oder sonstige Prozente sind von diesem Extrabeitrag nicht in Abzug zu bringen, sondern dieser Extrabeitrag ist an den Schatzmeister in vollem Betrag abzuführen.

Für den Generalrath:

A. Wahlke, Vorsitzender.

W. Zielke, Schatzmeister.

P. Bamburg, Generalsekretär.

Zur geneigten Beachtung!

Zum Ersatz verloren gegangener Quittungsbücher, welche hiermit für ungültig erklärt werden, ist (§. 26 der Geschäfts-Ordnung) kein Kassierer berechtigt, sondern hat den Verlust sofort dem Generalsekretär zu melden; sollte einem unserer Kassierer ein solches vorgelegt werden, so ist dasselbe sofort einzuziehen und dem Generalsekretär einzusenden.

Als verloren gemeldet ist das Mitgliedsbuch 10 653 August Krause-Osterode.

Für jedes Mitglied der Ausschüsse unserer Ortsvereine liegt dieser Nr. 32 der „Eiche“ die „Amtliche Beilage“ bei, enthaltend die Nummern der eingetretenen als auch gestrichenen Mitglieder. Jedem Ausschussmitgliede ist ein Exemplar sofort einzuhandigen.

Das Bureau.

Bekanntmachung.

Da noch aus mehreren Vereinen Anfragen wegen der Entschädigung der Kassierer ergehen, sei besonders aufmerksam gemacht, daß auf Seite 22, § 16 der Geschäfts- und Kassenordnung es nicht heißen muß „drei Prozent“, sondern „zweieinhalb Prozent“.

P. Bamburg, Generalsekretär.

Zur Aushilfe

haben folgende Verwaltungsstellen in der Zeit vom 1. Juli bis einschließlich den 31. Juli 1905 erhalten:

- a) Gewerkeverein: Augsburg 650, — Berlin VII 60, — Breslau II 200, — Czest 30, — Düsseldorf 2770, — Duisburg 233, — Göggingen 130, — Hamburg 20, — Langenbielau 100, — Leipzig-Ost 14, — Nürnberg I 150, — Palschlan 60 Mt.
- b) Zuschußklasse: Biberach 75, — Brandenburg 32, — Cüstrin 75, — Czest 7,50, — Dirschau 40, — Görlitz 40, — Graudenz 15, — Halle 100, — Jena 25, — Jöbau 50, — Ptersee 20, — Potsdam 25, — Spandau 65, — Pr.-Stargard 15, — Ueberlingen 35, — Zerbst 20 Mt.
- c) Begräbnisklasse: Halle 1 Mt.

Berlin, den 31. Juli 1905.

W. Zielke, Schatzmeister.

Quittungs-Tabelle

über eingefandte Gelder von Mitgliedern der Hauptklasse für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Juli 1905.

(Für den Gewerkeverein gelten die ersten, für die Zuschuß-Klassen bzw. Gewerkevereins-Begräbniskasse die in (—) beigefügten Zahlen.)

Wulff-Tempelhof 0,80 (2,28—0,80), — Czaitowski-Schwerin (1,20), — Urban-Spremberg 2,00 sowie 5 Extrabeitr., — Weutler-Solingen 1,00 (2,25—0,65), — Demanowski-Pl.-Terpen 2,00 (3,30), — Brieskorn-Rafel 0,80 (1,32), — Barisch-Wohlan 1,40 sowie 3 Extrabeitr., — Scholl-Grünstadt 1,00 (2,25), — Stiglmeier-Weingarten 0,80 (1,80—0,40) — Anshüg-Oberoth 3,20 (5,28) sowie 5 Extrabeitr., — Hindel-Zinten 1,80 (4,05—0,45), — Kunze-Viebrich 1,40 (3,99—0,35) sowie 1 Extrabeitr., — Aug. Jauch-Ochsenfurt 0,80 (1,80), — Ad. Jauch-Ochsenfurt 0,80, — Diederich-Freienwalde 2,20 (4,95—0,55) sowie 3 Extrabeitr., — Guste-Pirnassens 0,80 (1,32), — Magg-Weinzig 1,60 (3,60), — Haas-Eberbach 1,40 (3,15), — Feste-Treptow (Mega) 1,80 (2,97), — Madert-Frankenthal 2,60 (4,29), — Emich-Oberramstadt 1,60 sowie 4 Extrabeitr., — Wilke-Neizen 2,40 (5,40—0,60), — Medner-Kummeltig 3,00 (6,75—1,50), — Türpe-Berlin (3,60—0,40), — Weiß-Bienenmühle 3,60, — Lindner-Diemig 0,60 (0,99), — Kessinger-Strasbourg 2,00 sowie 5 Extrabeitr., — Schwandt-Pillkallen 3,60, — Seemann-Reichenau 2,00 (4,50), — Storz-Arnswalde 2,60 sowie 1 Extrabeitr., — Kallenbach-Stuttgart 1,40 (3,15), — Beckmann-Greifenberg 1,60 (2,64), — Almed-Greifenberg 1,60 (2,64), — Sell-Buchholz 0,80 (1,80), — Viedike-Br.-Holland 2,00, — Bodzuweit-Br.-Holland 2,00, — Spayputa-Br.-Holland 2,00, — Schmidt-M.-Glabach 0,80 (1,32—0,20), — Ruyß-M.-Glabach 1,20 (1,98—0,90), — Eichmann-Wälf 1,80 (1,80—0,20) sowie 1 Extrabeitr., — Alb. Jauch-Ochsenfurt 0,80 (1,32), — Klein-Mewe 1,20, — Triebened-Gera 1,00 (1,05—0,25) — Sobisch-Effen 1,40 (3,15), — Fr. Weiß-Datteln 3,00, — Vork-Greifenberg 1,60, — Gierszewski-Schönebeck 1,40 (2,31), — Rippe-Dreslau 0,80 sowie 4 Extrabeitr., — Gannot-Oberberg 1,60, — Greger-Mewe 0,40, — Schwarz-Mewe 0,40, — Schaufele-Annweiler 0,80 sowie 4 Extrabeitr., Labisch-Alster 2,60, — Niemann-Frankfurt a. M. 2,40 Mt.

W. Zielke, Schatzmeister.

Versammlungen.

Die Beiträge sind wöchentlich voranzuzahlen.

Am folgenden Sonnabend ist die 32. Beitragswoche fällig.

Mitglieder, welche länger als 4 Wochen restituieren, ohne Stundung nachgesucht zu haben, werden gestrichen.

August.

- Nachen. 20. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Schmitz, Am Markt. Beitrags-, Gesch.
- Ausbach. 13. Vorm. 10 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Halbmond“. Beitrags-, Gesch.
- Augsburg. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffee Fronhof“, am Fronhof. Gesch., Beitrags.
- Barmen. 19. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. zur Post“, Winklerstr. 26. Beitrags-, Versh.
- Banzen. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. Stadt Pittau“. Beitrags-, Gesch.
- Berent. 13. Nachm. 2 Uhr, Vers. b. Füllbrandt (Herberge). Gesch., Beitrags.
- Berlin (Erster). 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Adalbertstr. 21. Gesch., Beitrags.
- Berlin (Königt.). 19. (?) Vortrag (lebende Photographien) im großen Saale des „Verbandshauses“, Greifswalderstr. 221/23. Eintritt frei. Nachher gemütliches Beisammensein.
- Berlin (Moabit). 19. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schmidt, Thurmstr. 18. Gesch., Beitrags-, Werkstattangelegenheiten.
- Berlin (West). 19. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Gr.-Görtschenstr. 29. Gesch., Beitrags.
- Berlin (Nord). 19. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Brunnenstr. 143. Gesch., Beitrags.
- Berlin VI (Pianosortearb.). 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Köpenickerstr. 158. Gesch., Beitrags. — Die Zeitschrift für Musikinstrumentenbau liegt aus.
- Berlin VII (Mobel- u. Fabrikant.). 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schubert, Gerichtstr. 71. Ede Kuntelstr. Gesch., Beitrags. Wahl eines Vorsitzenden und eines Beisitzers. Erscheinen Aller notwendig.
- Berlin (Bautischler). Vertrauensmännerversammlung jeden zweiten Donnerstag nach dem 1. eines jeden Monats, Abds. 8 1/2 Uhr im Verbandshaus.
- Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (D.G.). Sitzung jeden Mittwoch Abend 8 1/2—10 1/2 Uhr, im Verbandshaus, Greifswalderstr. 221/23. Vortrag: „Der gewerbliche Arbeitsvertrag.“ Gäste stets willkommen.
- Berlin. Sängerkor der Deutschen Gewerkevereine (D.G.). Jed. Donnerstag, Abend 9—11 Uhr, Übungsstunde im „Verbandshaus“, Greifswalderstr. 221/23. Gäste stets willkommen.
- Berlin. Theater-Verein „Eiche“. 16. Abds. 9 Uhr, Sitzung b. Wollschläger, Adalbertstr. 21.
- Beuthen. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. in „Jakobs Gesellschaftshaus“, Zarnowigerstr. 16. Gesch., Beitrags.
- Böhum 13. Nachm. 4 Uhr, Vers. b. Supert, Alleestr. 62. Gesch., Beitrags.
- Brandenburg. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Schmidt, Kurstr. 51. Gesch., Beitrags.
- Breslau (Holzarb.). 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Grünen Bergel“, Kupfer-Schmiedestr. 29. Gesch., Beitrags.
- Breslau (Kischl.). 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Grünen Bergel“, Kupfer-Schmiedestr. 29. Gesch., Beitrags.
- Bromberg. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Wichert am Fischmarkt. Gesch., Versh.
- Bruchsal. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Kest. zu den vier Jahreszeiten“, Molteustr. 9. Gesch., Beitrags.
- Bütow. 12. Abds. 8 Uhr Vers. b. Selke, Synagogenstr. 4. Gesch., Beitrags.

Charlottenburg. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Pahlabend b. Frische, Windscheidstr. 29.
Cöln a. Rh. (Bezirksversammlungen) 20. Vorm. 10 Uhr, für Zippes b. Bauer, Florastr. 103. — 20. Vorm. 10 Uhr, für Ehrenfeld im „Verbandshaus“, Benloerstr. — 13. Vorm. 10 1/2 Uhr, für Cöln b. Köffel, Neumark, Ecke Thieboldsgasse. — 13. Vorm. 11 Uhr, für Kall b. Seuf, Hauptstr. 178.
Egerstr. 19. Abds. 7 1/2 Uhr, Vers. b. Kruczynski. Beitrags., Versch.
Danzig. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Borstädt. Graben 9. Beitrags., Versch.
Dirschau. 19. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Deutschen Kaiser“. Gesch., Beitrags.
Dortmund. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Behle, Brückstr. 16. Beitrags., Gesch.
Dresden. 19. Abds. 9 Uhr, Vers. im „Rest. zur Kaiserlichen Krone“. Neumarkt. Gesch., Beitrags., Versch.
Düsseldorf. 13. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. im „Prinz Leopold“, Heine- und Leopoldstr.-Ecke. Gesch., Beitrags.
Duisburg. 13. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Casentamp, Friedrich Wilhelmstr. 16. Beitrags., Gesch.
Eisenach. 12. Abds. 8 Uhr, Vers. i. „Rest. z. Adler“, Mühlhäuserstr. 20. Gesch., Beitrags., Versch.
Elberfeld. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. zum Cölnener Wappen“, Kaiserstraße 8. Gesch., Beitrags. — Ausgabe der „Eiche“ jeden Sonntag morgen im Vereinslokal.
Elbing. 12. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gewerbehaus“. Gesch., Beitrags.
Friedenshütte. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. in „Gottlieb's Restaur.“ in Friedenshütte. Beitrags., Versch.
Gelsenkirchen. 20. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Adler“, Kaiserstr. Beitrags., Versch.
Glab. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Zimmermann's Brauerei“, Waderberg. Beitrags., Versch.
Gleitwih. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. Zabrzestr. 1. Gesch., Beitrags., Versch.
Göppingen. 12. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Rest. zur Lyra“. Beitrags., Versch.
Greif. 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. Stadt Pilsen“, Obermarkt. Gesch., Beitrags., Versch.
Göhring. 19. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Adler“. Gesch., Beitrags.
Graudenz. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Schützenhaus“. Beitrags., Versch.
Gumbinnen. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. in der „Erholungshalle“, Gartenstr. 22. Gesch., Beitrags.
Halberstadt. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Rest. zum Seydlitz“, Antonienstr. 6. Gesch., Beitrags.
Halle. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. zur Passage“, Or. Brauhausstr. 5. Gesch., Beitrags. „Die gegenwärtige Lage im Tischlergewerbe.“
Hirschberg. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. goldenen Löwen“, am Markt. Beitrags., Versch.
Jena. 12. Abds. 8 Uhr, Pahlabend im „Kaffeehaus“.
Karlruhe. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Wacht am Rhein“. Gesch., Beitrags., Versch.
Kattowih. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. Grundmannstr. 21. Gesch., Beitrags.
Kiel. 13. Vorm. 10 Uhr, Vers. im „Hotel Wilhelminenhöhe“. Gesch.
Landeshut. 12. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. alten Mühle“. Gesch.
Landberg I. 19. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Gustavus, Luisenstr. 37. Versch.
Landberg II. 19. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Herbe, Priesterstr. 9. Gesch., Beitrags.
Langenöls. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. Glückauf“. Beitrags., Versch.
Lassau. 19. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Hafen“. Gesch., Beitrags.
Lauenburg. 19. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Fischer, Stolperstr. Gesch., Beitrags.

Leitdenau. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gönsch's Saalbau“, Lehgenerstr. 14. Gesch., Vortrag, Beitrags., Versch.
Piegnitz. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Pahlabend i. „Gasth. z. weißen Kock“, Kohlmarkt.
Pöbau. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. Morgenstern“. Beitrags., Versch.
Remel. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Masewitsch, Alte Sorgenstr. 1. Gesch., Beitrags., Versch.
Wülheim (Ruhr). 20. Vorm. 11 Uhr, i. „Drei Kaiser Saal“, Charlottenstr. Nur Beitragszahlung.
Rowawes. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Germaniasaal“, Wilhelmstr. 24. Beitrags., Versch.
Pasing. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. in der Brauerei Münchenerstr. Gesch.
Pattschau. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Schützenhaus“. Gesch., Beitrags.
Pfersee. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. Weidenburgerhof“. Beitrags.
Pofen. 15. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Flechtmann, Wasserstr. 27. Beitrags.
Potsdam. 12. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Bell, Waisenstr. 61. Beitrags., Versch.
Nabeberg. 19. Abds. 8 Uhr, im „Amtshof“. Pahlabend.
Rathenow. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Pörtner, Berlinerstr. 14. Beitrags., Gründung einer Lokalkasse. Erscheinen sämtl. Mitglieder erforderlich.
Ratibor. 19. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rathskeller“. Beitrags., Versch.
Rixdorf. 19. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Gorski, Hermannstr. 199. Beitrags., Gesch., Werkstattangelegenheiten.
Rothenburg. 12. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Kirchdörfer. Beitrags., Versch.
Rudolstadt. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Danz.“ Beitrags., Versch.
St. Johann - Saarbrücken. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Komet“. Beitrags., Versch.
Schleditz. 12. Abds. 8 Uhr, Vers. in „Lindenhof“, Bahnhofstr. Beitrags.
Schwelm. 19. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Kalthof, Kaiser- u. Wilhelmstr.-Ecke. Gesch.
Stegen. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Rest. zum Rappen“, Marburgerthor. Gesch., Beitrags.
Spandau. 12. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Sturm, Bahnhofstr. 1. Gesch., Beitrags.
Spottau. 12. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Berge“. Gesch., Beitrags.
Pr.-Stargard. 13. Nachm. 2 Uhr, Vers. in d. „Turnhalle“. Gesch., Beitrags. — Die „Eiche“ kann vom Kassirer, Hufenstr. 6, abgeholt werden.
Staffurt. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Beau, Leopoldshall. Gesch., Beitrags.
Stettin-Bredow. 19. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Restaur. Schützi“, Wolffstr. 9. Gesch., Beitrags., Versch.
Striegan. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. schwarzen Bär“. Beitrags.
Thorn. 13. Nachm. 8 Uhr, Vers. b. Nikolai, Mauerstr. 62. Beitrags., Versch., abend, Beitrags.
Ulm. 19. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Mathskeller“. Beitrags., Diskussion und Leseunde.
Weschan. 12. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Jentsch. Gesch., Beitrags., Versch.
Warmbrunn. 11. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. weißen Adler“. Gesch., Beitrags., Versch.
Weissensee. 19. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schomburg, Langhansstr. 143. Gesch., Beitrags., Versch.
Wesel. 13. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Billenbach, Schmidstr. Gesch., Beitrags.
Wisnar. 12. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. Lindenhof“. Beitrags., Versch.

Orts- und Medizinalverbände.

Berlin u. Vororte (Medizinalverband). Sonntag, den 13. August, Vorm. 10 Uhr, Generalversammlung im „Verbandshaus“, Greifswalderstraße 221/23. T. O.: Kassen- und Revisionsbericht, Geschäftliches.

Anzeigen.

Maschinenarbeiter.

Ein an **Freis- und Ubricht-**maschinen erfahrener Arbeiter sucht baldigst Stellung. Offerten erbeten an die Exped. der „Eiche“, Berlin, Greifswalderstr. 221/23.

Gustav Jarchoff's

Patent-Büro

Berlin - Schöneberg, Eisenacherstr. 44, erledigt alle Patent-Angelegenheiten billig u. gut. Auskünfte u. Prospekte frei. Dankschreiben u. Empfehlungen. Gedöknöt Abends bis 9 Uhr u. Sonntags.

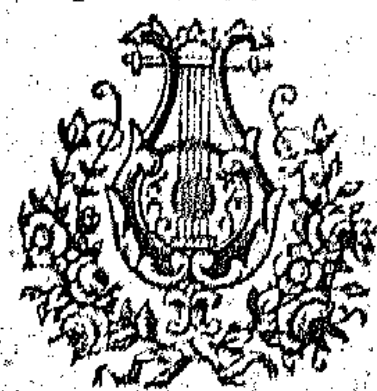
Ortsverb. Dresden u. Umgeg.

Unser Arbeitsnachweis befindet sich ab 1. August cr. **Dresden-N., Webergasse 28, I.** Teleph. 1118. Geöffnet Vorm. 10—11, Abends 7—8, Sonntags 11—12 Uhr. — Das. Ausgabe der Verpfleg.-Marken.

Langenöls.

Durchreisende Gewerksvereinsgenossen erhalten freie Verpflegung. Zu melden b. **Hass. August Rupprecht**, Mittags von 12 bis 1 Uhr, Abds. von 6 bis 8 Uhr.

Am Sonntag, den 13. August veranstaltet der **Sängerchor der Deutschen Gewerkvereine (h. V.)** im Restaurant „Lindenpark“, Alt-Stralau, ein



Sommerfest

bestehend in **Vocal- und Instrumental-Concert, Tanz und Kinderbelustigungen.**

Anfang 4 Uhr. — Die Kaffeeklische ist von 3 Uhr an geöffnet.
Entrée 10 Pfennig.

Freunde und Gönner des Vereins mit ihren Familien ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Der Herbergsverkehr

der Berliner Ortsvereine befindet sich im **Verbandshause, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/223.**

Karten für freies Logis und Morgens Kaffee bei allen Ortsvereinskassirern Berlins. Zureisende aus Verufen, welche in Berlin keinen Ortsverein haben, erhalten diese Karten im **Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/223.**

Werkmeister,

besähigt, eine Möbeltischlerei mit 8 Köpfen selbstständig zu leiten und willens, das Geschäft später selbst zu übernehmen, auf sofort gesucht. Off. sub **A. B. 100** an die Exped. dieses Blattes.

Lüchtige

Möbeltischler

finden dauernde Beschäftigung. 53 Pf. Mindestlohn bei 53 Arbeitsstunden. Reflektiert wird aber nur auf saubere Arbeiter, welche poliren können. Zu melden beim Kassirer **P. Bunke, Hamburg, Höhenfelde, Freiligrath-Allee Nr. 1, I.**

Berlin und Vororte.

Der paritätische Arbeitsnachweis

befindet sich **Gormannstr. 13.** Die kostenlose Vermittelung erfolgt in der Zeit von Vorm. 9—1 Uhr.